

# ICKINGER SCHAUKASTEN

Herausgegeben von der Ickinger SPD

31. Jahrgang, März 2012 | Nr. 85

## Liebe Nachbarn, verehrte Mitbürger!

In unserem Gemeinderat rumort es. Es sind nicht (nur) die geplanten Berger Windräder, sondern auch unsere Autos, die Kummer bereiten – oder eher deren Unterbringung während eines gemütlichen Shoppings in Icking. Wir alle wollen unseren kleinen Supermarkt in Icking behalten, vielleicht gar verschönern. Auch wenn die Geschäfte schlechter gingen, seit NETTO unseren alten PLUS übernahm: Für uns Ickinger ist die Situation optimal. Wir haben mit Baumgartners und Schröder, mit NETTO und dem Pischelstrieder Hofladen eine ideale Kombination, praktisch Vollversorgung.

### Markterweiterung spaltet den Rat

Ob es aber zur weiteren Sicherung des Supermarkt-Standortes erforderlich ist, ein zweigeschossiges Parkdeck zu errichten, darüber gingen die Meinungen im Gemeinderat deutlich auseinander. Während die UBI geschlossen und die CSU mehrheitlich für das Parkdeck stimmte, waren alle anderen Fraktionen dagegen oder gespalten (Grüne). Die Befürchtung stand im Raum, ein privat und damit renditeorientiert finanziertes Parkdeck werde der Ickinger Mitte unwiederbringlich ein scheußliches Autobahnflair verpassen.

### Keine Rose ohne Dornen

In diesem Jahr steht die Neuwahl der Bürgermeisterin an. Ohne Zweifel ist diese Bürgermeisterin auch unsere Bürgermeisterin. Sie hat in ihrer derzeitigen Amtszeit viel geschaffen: das Haus der Kinder war ihre Idee, das Rathaus hat sie renoviert und deutlich vergrößert, sie hat die Anregungen von Bürgern zur Neugestaltung der Ortsmitte an der B11 aufgegriffen und bei der Drittelfinanzierung des neuen Kreisels durch Bahn, Gemeinde und Straßenbauamt geschickt taktiert.

Sie hat auch die Gemeinderatsarbeit gestrafft, wir können effektiv arbeiten. Das geht nur mit guter Vorbereitung der Sitzungen. Der Nachteil ist allerdings: Wenn vieles bereits vorbesprochen, durchstrukturiert und beschlussreif gemacht ist, leidet die Diskussionskultur im Rat. Gerade beim Flächennutzungsplan wäre es doch wichtig gewesen, sozialräumliche Verantwortung kritisch zu hinterfragen: Icking liegt an der S-Bahn, hat auch sonst eine gute Infrastruktur. Müssen wir uns nicht trotz aller Schwierigkeiten mit Abwassereinheiten etc. intensiver und differenzierter mit der Herausforderung eines geordneten Wachstums auseinandersetzen?



Lisa Häberlein  
SPD-Gemeinderätin

### Haushalt: Keine Kontroversen

Auch die Haushaltsdebatte war durch Bürgermeisterin und Kämmerer so gut vorbereitet, dass es fast ein Faux Pas wäre, hier ein Fass aufzumachen. Das werden wir aber müssen, wenn wir ohne die erhoffte Städtebauförderung Millionen in eine bürgerfreundlichere B11 investieren wollen. Auch die anstehenden Investitionen in der Turnhalle finanzieren sich nicht von selbst. Es stimmt mich insofern nachdenklich, dass derzeit weder über die niedrige Ickinger Grundsteuer (unter dem Landesdurchschnitt!) diskutiert wird, noch darüber, ob die jahrelangen Subventionen des Wasserpreises in Icking und Dorfen oder auch die Erhöhung der Gebühren für die Kinderbetreuung sinnvoll und gerecht sind.

Lisa Häberlein

# Acht Jahre – eine lange, fast zu lange Wahlperiode

Zur Bürgermeisterwahl im Juli 2012

Von Alfred von Hofacker

In einem zu Beginn des Jahres veröffentlichten Interview erklärte unsere Bürgermeisterin, Frau Menrad, sie trete im Juli dieses Jahres zur Wiederwahl an, und zwar für eine Periode von acht Jahren. Ich glaubte zunächst, hier handle es sich um einen Druckfehler. Weder der Bundespräsident, noch die Bundeskanzlerin oder sonst ein politischer Funktionsträger in unserer parlamentarischen Demokratie werden für eine so lange Amtszeit gewählt.

## Alles rechtens – aber auch richtig?

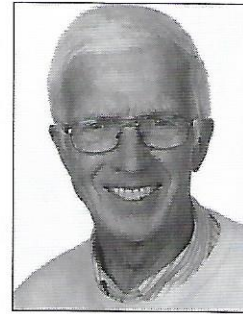
Ein Blick ins Gemeindewahlrecht hat mich jedoch eines Besseren belehrt. Gemäß Art. 42 Abs. 1 wird der berufsmäßige erste Bürgermeister auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. Dies war auch der Fall, als Frau Menrad nach dem Tode von Bürgermeister Guggenmos 2006 erstmals zur Bürgermeisterin gewählt wurde. Diese erste sechsjährige Wahlperiode endet im Juli 2012. In Art. 42 Abs. 1 wird davon ausgegangen, dass der erste berufsmäßige Bürgermeister zugleich mit dem

Gemeinderat gewählt wird. Das war 2006 nicht möglich, da die nächste Gemeinderatswahl erst 2008 anstand.

Für die Wahl im Juli 2012 kommt Frau Menrad eine Änderung im Gemeindewahlrecht zugute. In Artikel 43 Abs. 2. heißt es nunmehr: Beginnt die Amtszeit innerhalb der letzten zwei Jahre der Wahlzeit des Gemeinderats, endet sie mit dem Ablauf der folgenden Wahlzeit des Gemeinderats.

Die Wahlperiode des im Amt befindlichen Gemeinderats endet im März 2014. Wenn also Frau Menrad im Juli als Bürgermeisterin wiedergewählt wird, dann beginnt ihre neue Amtszeit „innerhalb der letzten zwei Jahre der Wahlzeit des Gemeinderats“. Ihre Amtszeit endet folglich „mit dem Ablauf der folgenden Wahlzeit des Gemeinderats“, das ist 2020. So also kommen die acht Jahre zusammen, für die Frau Menrad im Juli gewählt werden kann.

Eine lange Zeit!



Alfred v. Hofacker

## Vieles gefällt uns ...

Schaut man sich die von ihr in dem Interview erwähnten Vorhaben für die angestrebte nächste Wahlperiode an, so finden wir von der SPD in den genannten Projekten viele – wenn auch nicht alle – unserer seit Jahren gestellten Forderungen wieder. Sei's die Kinderbetreuung, Erleichterungen für die zunehmende Zahl von Senioren unserer Gemeinde, die Nahversorgung durch Einkaufsmöglichkeiten im Ort, eine behutsame Ortsentwicklung, die Gestaltung des Rathaus-Umfeldes, eine ansprechende Gestaltung des Sparkassenplatzes und der forcierte Einsatz regenerativer Energien auf Ickinger Gebiet.

## ... aber nicht alles.

Wo wir mit unserer Bürgermeisterin nicht übereinstimmen, davon erfahren sie etwas in dieser Ausgabe.

---

## Bank(en)krise in Icking?

Von Gerhard Jakobi

Bisher hat es mir eigentlich immer gereicht, wenn ich Geld brauche, zur Ickinger Wallstreet zu gehen. Da gibt's dann die Raiffeisenbank, daneben die Sparkasse, auch so 'ne Art Bank. Und gegenüber hinter dem Schaukasten der Gemeinde steht auch eine. Die hat zwar kein Geld, aber man kann sich etwas entspannen. Möglicherweise haben die gegenüber ja auch schon kein Geld mehr. Man weiß ja seit Neuestem nicht mehr so recht, in welchen Tresoren mehr faule Kredite, Schuldverschreibungen, oder sonst welche abenteuerlichen Papiere statt Geld liegen.

Langsam aber sicher brauch ich öfter mal 'ne Bank. Die Wege werden länger, viele Straßen immer steiler. Da tut 'ne Bank am richtigen Platz so richtig gut. Und Leute lernt man dort genauso kennen, wie in der anderen Bank. Es ist auch viel entspannender auf so einer Bank als in einer von der anderen Sorte, in der man beim Anblick des Kontenstandes oder der Kursverluste möglicherweise feuchte Hände kriegt.

Kümmern wir uns also darum, dass es in Icking keine Krise um das Thema Bank gibt. Wir könnten allerdings von denen, auf denen man sitzen kann, noch die eine

oder andere gebrauchen; z. B. am Egartsteig, am Fuchsbichl, an den Loipeneinstiegen, zwischen Walchstadt und Dorfen, in Irschenhausen und – na ja, Sie wünschen sich vielleicht auch noch die eine oder andere.

Und apropos Dorfen und Irschenhausen, wir dürfen auch nicht alles Geld – das wir noch haben, zumindest in Form von Schuldverschreibungen etc. – für Icking und den Granit vor dem Rathaus ausgeben, wir müssen auch mal etwas für die Irschenhausener und Dorfener tun; wenigstens mal so 'ne kleine Bank aufstellen.

# Eile mit Weile

Der Bau eines Parkdecks im Ickinger Ortszentrum will wohl bedacht sein

Von Gerhard Jakobi

Als Beobachter der Gemeinderatssitzung vom 23. 1. 2012 kam man beim Tagesordnungspunkt 11 (»Änderung des Bebauungsplanes an der B11«) mächtig ins Staunen – wenn nicht gar zum Kopfschütteln.

## Ernster Zielkonflikt

Dieses Bauvorhaben ist insofern in einen brisanten Zielkonflikt geraten, als es einerseits die Grundversorgung der Ickinger Bevölkerung gewährleisten soll, andererseits erhebliche Auswirkungen auf das Ickinger Ortsbild hätte, dessen Verbesserung allen am Herzen liegt.

Über beide Ziele besteht nach unserer Kenntnis im Gemeinderat offensichtlich Konsens. Beide Ziele stehen auch bei der Ickinger SPD seit Jahrzehnten auf der Agenda, und in den anderen Gruppierungen gibt es vermutlich nur wenige, die nicht das eine und das andere Ziel erreichen möchten.

Man sollte also erwarten, dass über den Weg dorthin Einigung erzielbar wäre. Weit gefehlt. Das Ergebnis der Abstimmung an diesem Abend (9 : 7) war denkbar knapp, wie die Bürgermeisterin treffend bemerkte. Es zeigt – rechnet man die Stimme des abwesenden Dr. Vogel dazu –, dass die Trennungslinie mitten durch den Gemein-

derat verläuft. D. h. die Räte sind mit 8 : 8 Stimmen sprichwörtlich geteilter Meinung. Die Stimme der Bürgermeisterin war also das Zünglein an der Waage.

## Sich beraten zu lassen, ist keine Schande

Das ist natürlich alles rechtens und korrekt abgelaufen. Aber es bleibt ein sehr fader Geschmack im Mund. Warum?

Bei einer so entscheidenden Frage – der Gestaltung des Ortszentrums – (die Gemeinde hat angeblich für die Suche nach einer guten Lösung bisher schon fast 100.000 € ausgegeben), sollte die Mehrheit nicht nur an der einen Stimme hängen. Hier wünscht man sich eine etwas breitere Basis an Zustimmung zu dem, was nun dort unten für die nächsten Jahrzehnte festgeschrieben wird!

Dabei hatten die Bedenken-träger, was die Gestaltungsfrage angeht, gute, man darf wohl sagen, die schwerwiegenden Argumente. Und ganz sicher ist das Spektrum denkbarer Lösungen nicht ausgeschöpft. Warum also hat man sich nicht die Zeit genommen, noch einmal – und vor allem mit neutraler, fachlicher Beratung – eine Lösung zu suchen, die eine breitere Basis für das »Wie« geschaffen hätte, so wie dies von Frau Huss, Frau

Häberlein, Frau Nipperdey und anderen vorgeschlagen wurde? (Denn über das »Ob« gibt es im Rat und in der Bevölkerung m. E. keine nennenswerten Meinungsverschiedenheiten).

Das eigentliche Ärgernis an dieser Entscheidungsfindung ist also die Beratungsresistenz. Wieder einmal wird der schon lange von uns geforderte Fachbeirat schmerzlich vermisst.

## Ein Erbe für ein Linsengericht?

Dieses unifunktionale bauliche Monster des Parkdecks wird uns bleiben, auch dann, wenn aus irgendwelchen Gründen die angestrebte Nahversorgung hier nicht mehr stattfinden sollte. Bleibt der Gemeinde nur noch, den Bauherrn jetzt vertraglich zu verpflichten, das Monster zu seinen Lasten wieder zu entsorgen, wenn die heute zugesagte Nahversorgung nicht für eine Mindestdauer von beispielsweise 25 Jahren eingehalten wird. Ein solches Junktim hat es schon früher bei anderen Projekten in Icking gegeben.

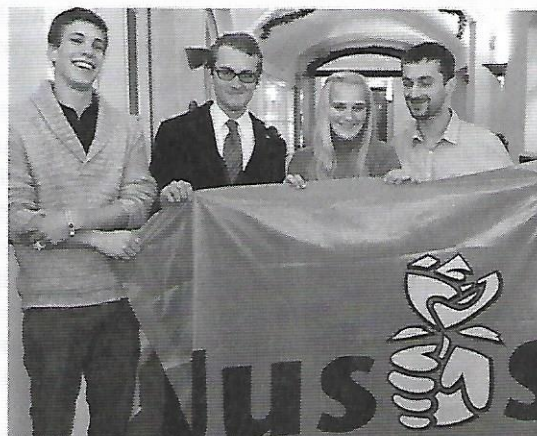
Unser Ort und sein Gesicht sind ein hohes Gut, das wir nicht einfach im Hopplahopp-Verfahren gegen eine schnelle und bequeme, aber keineswegs gesicherte Lösung für das Problem der Nahversorgung in Icking eintauschen dürfen.

## Jugend interessiert sich für Politik

### Neues von den Jusos in Kürze

Unser Mitglied Constantin Beier wurde zum 1. Vorsitzenden der Oberland-Jusos gewählt. Constantin wird sich – so versprach er in seiner Antrittsrede – im Besonderen darum bemühen, die Jugend auf dem Land für die sozialdemokratischen Anliegen und deren Umsetzung zu interessieren.

Engagierte Jugend:  
Lukas Roeder, Constantin  
Beier, Rosalie Müller,  
Paul Lehmann (v. l.n.r.)



## Zum Thema »Parkdeck« sagte Architekt G. Haisch

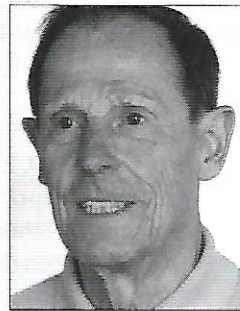
»Es ist gut und notwendig, dass sich der Gemeinderat Gedanken über die Nahversorgung in der Zukunft macht.

Mein Rat jedoch ist: 1. Abwarten, 2. Abwarten, 3. Abwarten

**1. Abwarten, um zu erfahren, wie die Bedingungen für eine Vertragsverlängerung des Betreibers tatsächlich sind und welche Flächenzugeständnisse gefordert werden.** Es liegt in der Natur eines Investors, die Verkaufsfläche so weit wie möglich hochzuhandeln. Schließlich erhöht sich in gleichem Maße der Wert der Anlage.

**2. Abwarten, bis die Genehmigungsfähigkeit vonseiten des Landratsamtes Tölz-Wolfratshausen sichergestellt ist. Eine Bauvoranfrage könnte die problematischen Fragen beantworten, die da sind:**

- eine nahezu 100% Überbauung des gesamten Grundstücks
- das zweistöckige Parkdeck ohne interne Erschließung der zweiten Ebene, die bisher nur über die B11 und die Zufahrt zum Bahnhof möglich ist,
- ausreichende Flächen für die Anlieferung und vor allen Dingen



**Gerhard Haisch**  
Architekt, Icking

- die Gestaltung dieses »siamesischen Drillings« aus Verkauf, Praxis und Parken.

Wenn das geklärt ist, könnte die Gemeinde das Bebauungsplan-Änderungsverfahren einleiten.

**3. Abwarten und nachdenken,**

- ob eine solch gewaltige Erhöhung der Geschossflächen zugunsten eines Einzelnen zu begründen ist, ohne gegen das Gleichheitsprinzip zu verstoßen,
- ob die sich daraus ergebende Vergrößerung der Baumasse mit dem Ortsbild verträglich ist und
- ob das zweistöckige Parkdeck weder nach Art noch nach Maß in die umgebende Bebauung passt.

Meine Meinung: Die Gestaltung solch ortsfremder Baukörper muss vom Ansatz her misslingen und sie belastet das Erscheinungsbild des Ortes in einer unerträglichen Form.«

## Erweiterung des Supermarktes – nur »nein sagen« reicht nicht

Von Arndt Spahn

### Phantasie gefragt

Bei aller Sorge um die drohende Verwüstung des Erscheinungsbildes unseres Ortes durch einen ortsfremden Baukörper der geschilderten Art, sind wir gleichzeitig aufgerufen, über gestalterische Alternativen nachzudenken. Die Nahversorgung bleibt ein wichtiges Ziel. Nahversorgung heißt aber nicht nur einen Supermarkt mit Parkdeck zu etablieren. Zur Nahversorgung gehören ja auch viele andere Dienstleistungsangebote, die zur Deckung des täglichen Bedarfs gehören. Seien es Praxen für Ärzte und andere medizinische und kosmetische Dienstleister, oder Anbieter von Leistungen für

Haus und Garten oder die IT- und Mobilitätsbranche, für Senioren-Services etc. Auch ein Dorfladen wie in Gelting oder Schäftlarn könnte dazu gehören.

Ein hierfür erforderliches kleinteiliges Raum- und Flächenangebot wird an dieser Stelle durch ein Parkdeck dieses Ausmaßes für alle Zeiten blockiert. Auch dann, wenn der Supermarktbetreiber längst das Weite gesucht hat. Alles das müssen wir im Auge behalten, wenn wir die Flächen an der – zurückgebauten – B11 überplanen und gestalten.

Und die Veränderungswünsche an den Grundstücken und Gebäuden links und



**Arndt Spahn**  
1. Vorsitzende  
der SPD Icking

rechts der B11 werden weitergehen. Alte Gebäude werden abgerissen und durch neue ersetzt werden. Die Wünsche, die noch freien Grundstücke zu bebauen, werden zunehmen. Die Gemeinde sollte klare Vorstellungen artikulieren, wie sie sich die Gestaltung des gesamten Straßenzuges vorstellt und nicht zu viel dem Zufall und dem Druck privater Investoren überlassen.

# Energiewende schon in den Köpfen angekommen?

Von Arndt Spahn

Werden neue Strategien in Unternehmen eingesetzt oder Paradigmenwechsel der Unternehmensstrategien durch veränderte Marktsituationen hervorgerufen, dann weiß man, dass der Wechsel in den Köpfen der Mitarbeiter stattfinden muss. Das kostet Zeit und Geld. Deshalb tauschen Unternehmen auch gern mal die Mitarbeiter aus. Im gesellschaftlichen Bereich, in der Bürgerschaft wollen und können wir diese Mittel nicht einsetzen. Wir können nicht die eine Gruppe Einwohner gegen eine andere austauschen. Deshalb gilt: Die Energiewende muss in den Köpfen aller Bürgerinnen und Bürger ankommen. Bei Schwarz-Gelb ist die Energiewende noch nicht in den Köpfen angekommen, so die Generalsekretärin der bayrischen SPD, Natascha Köhnen, in einer Veranstaltung zu Aspekten der Energiewende am 2. 2. 2012 in Ebenhausen. Deshalb fehlt es an Regeln, an Strategien und vor allem an Mitteln, um diese Strategien zu entwickeln. »Es gibt im Haushalt 2012 keinen Cent zusätzlich für die Energiewende«. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz begann ein Boom der Photovoltaik und der Windkraftanlagen (WKA). Durch die damit einhergehende Dezentralisierung der Energieversorgung und die notwendige Einbindung der Bürger kommen Aufgaben auf die Gemeinden zu, zu deren Umsetzung es an ausreichenden Ausführungsbestimmungen fehlt.

## SPD fordert: Energieversorgung ist auch Daseinsfürsorge

Natascha Köhnen vertritt die Meinung, dass zur Daseinsfürsorge des Staates auch die Energieversorgung gehört. Strom und Heizung dürfen nicht Spekulationsobjekt bleiben und eines Tages unbezahlbar werden; sie sind lebensnotwendig. Atomkraftwerke, so zeigt es die Diskussion, will niemand mehr. Auch nicht die Gegner der Windkraftanlagen. Die Forderung einiger Vertreter dieser Initiative, 2000 m Abstand zum nächsten bewohnten Ort oder Gebäude einzuhalten, legt den Schluss nahe, dass die Initiative die Wind-

kraftanlage in Berg – mindestens aber in den Wadlhauser Gräben – generell verhindern will. Denn nach Meinung des Experten J. Hoffmann gibt es in ganz Bayern kaum einen entsprechenden Standort, der eine solche Bedingung erfüllt.

## Dezentralisierung: Schelte, statt ein wohlverdientes Lob

Der zweite Bürgermeister von Berg – in dessen Gebiet die Wadlhauser Gräben liegen – wies darauf hin, dass die Gemeinde unter Zugzwang handelte, da auf Grund der Privilegierung der Windkraftanlagen ein Bürger den Antrag stellte, eine weitere WKA im Wohngebiet zu errichten. Aber ganz unabhängig von diesem vorliegenden Planungszwang hat m. E. die Gemeinde Berg, die ein Konzept zur alternativen dezentralen Energieversorgung umsetzt, einen Schritt in die richtige Richtung getan. Bedauerlich, dass sie sich dafür rechtfertigen muss, anstatt gelobt zu werden.

## Lieber eine WKA in unserer Nähe als ein Endlager

Windkraftanlagen sind rückbaufähig. Der Rückbau des Atomkraftwerks (AKW) in Greifswald kostete bisher Milliarden Euro. Frankreich hat den Atomstrom schon jetzt mit ca. 230 Milliarden Euro subventioniert – Kosten für die Endlagerung nicht eingerechnet, da sie nicht kalkulierbar sind. Was aber bedeutet Endlagerung auf unserem sich immer noch verändernden Planeten? Hier liegt die Gefahr für uns. Verseuchtes Grundwasser und die Folgen sind nicht auszudenken. Muss man hier nicht abwägen? Gefahr für Generationen von Menschen durch Atommüll und Luftverschmutzung bei konventionellen Kraftwerken einerseits gegen geringe Eingriffe in die Natur und eine Veränderung im Landschaftsbild durch Windkraft und Photovoltaikanlagen andererseits?

## Und dennoch: Es tut sich was

Vieles ist hier in Icking schon vorange-

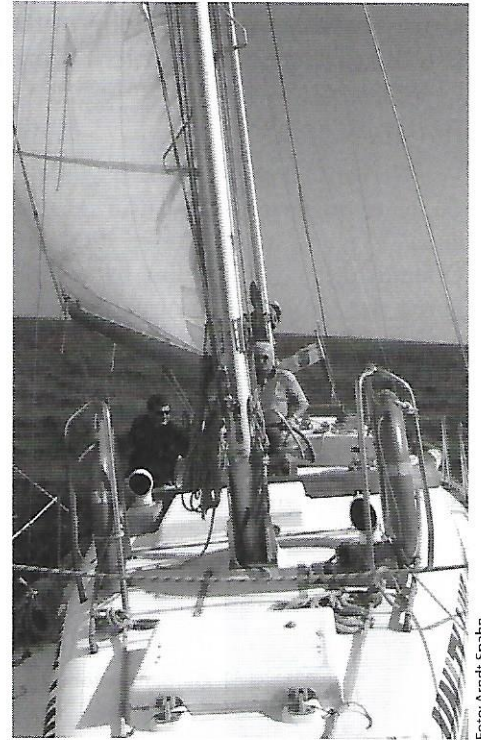


Foto: Arndt Spahn

*Wind kann so schön sein – und so nützlich*

kommen: Photovoltaik und Solaranlagen auf vielen Dächern. Die Gemeinde, viele Bürger und auch wir als SPD-Ortsverein sind der Energiewende Oberland beigetreten. Schulprojekte wie »Sonne voll Energie«, eine Demo-Photovoltaikanlage auf der Grundschule und ein Bürger-solarwerk resultieren daraus.

Aber es gibt eben auch kritische Stimmen und das ist richtig so, denn sie werden helfen, die Energiewende noch besser – und vor allem menschengerechter – zu bewältigen und die erforderlichen Technologien noch schneller voranzutreiben.

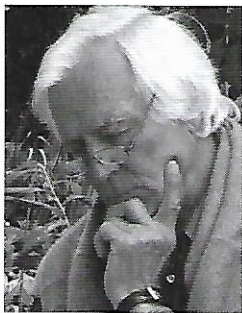
Und da tut sich bei der Technik offenbar noch etwas Umweltfreundliches, wie der WKA-Experte an diesem Abend zu berichten wusste: Es laufen Vorbereitungen, die Masten für die windgetriebenen Generatoren aus Holz zu konstruieren; auf der Hannover-Messe sollen sie zu sehen sein. Da sind wir aber gespannt!

# »Diese Sendung ist für Zuschauer ... nicht geeignet«

**Der Gemeinderat berät eins der wichtigsten Themen der Ortsentwicklung, den Flächennutzungsplan – nichtöffentlich!  
Die Bürgermeisterin ist nicht ganz zufrieden – wir auch nicht.**

Von Gerhard Jakobi

Zu einer sogenannten Klausur – also einer »Tagung unter Ausschluss der Öffentlichkeit« (Wikipedia) hatte sich jüngst der Gemeinderat zurückgezogen, um ein Thema zu beraten, das für die Ickinger Bürger von elementarer Bedeutung ist. Es ging um die Entwicklung unseres Ortes, um das wichtigste Instrument der kommunalen Bauleitplanung, den Flächennutzungsplan.



Gerhard Jakobi

## Öffentlichkeit ist ein Muss – mit wenigen Ausnahmen

Schaut man in die einschlägigen Gesetzeswerke, z.B. die Gemeindeordnung oder die Geschäftsordnung für den Gemeinderat, so tut man sich schwer, den Begriff »Klausur« zu finden. Dort ist das Forum für Beratungen und Beschlussfassungen die (Gemeinderats-) »Sitzung«. Und diese Sitzungen haben grundsätzlich »öffentlich« zu sein. Ausnahmen sind klar beschrieben.

Die Gemeindeordnung, die für alle bayerischen Gemeinden Gültigkeit hat, sagt in § 52 Absatz (2): *Die Sitzungen sind öffentlich, soweit nicht Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder auf berechnete Ansprüche Einzelner entgegenstehen.* Weiter lesen wir in Absatz (4): *Die Sitzungen haben in einem der Allgemeinheit zugänglichen Raum stattzufinden.* Und schon in Absatz (1) steht: *Zeitpunkt und Ort der Sitzungen sind ... ortsüblich bekannt zu machen.*

Noch deutlicher ist die Geschäftsordnung für den Gemeinderat. Dort findet man § 20 Absatz (1):

*Zu den öffentlichen Sitzungen... hat jedermann... Zutritt.*

## Warum eine nichtöffentliche Beratung?

Die Frage nach den Gründen für die Nichtöffentlichkeit der Sitzung vom Oktober 2011 bleibt unbeantwortet. Was die Behandlung des Flächennutzungsplans betrifft: Wir können weder aus dem oben Zitierten (Wohl der Allgemeinheit ... oder ... berechnete Ansprüche Einzelner...) noch aus der Geschäftsordnung § 21 (Absatz 1) von Punkt 1. bis 5. solche Gründe ableiten. Die Beratung, wie sich Icking entwickeln soll, ist nach unserer Ansicht noch keine Beratung über Verträge in Grundstücksangelegenheiten – was als Grund für die Nichtöffentlichkeit gelten würde (§ 21 Abs. 1. Pkt.2. GO).

## Frau Bürgermeisterin bedauert

Im Interview mit der SZ vom 2. 1. 2012 wird sie zitiert: »Ich fand es etwas schade, dass es beim Flächennutzungsplan zur Ortsentwicklung von Icking im Gemeinderat (Anm. der Red.: in der Sitzung vom 12. 12. 2011) relativ wenige Wortmeldungen gab; in der Klausur haben wir den ganzen Tag darüber geredet.«

Ja, da sind wir ganz bei ihr, wir fanden es als Zuhörer auch sehr schade, nichts, aber auch gar nichts an Meinungsfindung bei den Gemeinderäten zu einem so brisanten Thema zu erleben. Aber natürlich – das war die zwangsläufige Folge einer vorweggenommenen, nichtöffentlichen Aussprache.



## Sinn und Unsinn solcher Klausuren

Sieht man mal davon ab, ob die erwähnte Klausur rechtmäßig / formgerecht / zulässig war oder nicht. Wichtiger ist aus meiner Sicht, einmal der Frage nachzugehen, welche Wirkung das nach außen hat. Sicher ist es für das Entscheider-Team gut und nützlich, sich eine ungestörte, ausführliche, gemeinsame Denkzeit zu nehmen, um zu einer möglichst klugen und ausgewogenen Entscheidung zu kommen (Bei der Entscheidungssuche zur Supermarkterweiterung hätten wir uns so eine solche zusätzliche Denkzeit sehr wohl gewünscht!). Aber ein Gemeinderat ist eine demokratisch gewählte »Vertreter-Versammlung«. Die Wähler haben das Recht zu sehen, welche Meinungen und Ansichten zwischen den von ihnen gewählten Räten ausgetauscht werden und wie Entscheidungen zu Stande kommen. Die Debatte, die Diskussion sind das Lebenselixier der Demokratie, und das muss für den Bürger erlebbar sein. Deshalb ist die Öffentlichkeit dieser Meinungsfindung ein unverzichtbares Grundelement unserer demokratischen Spielregeln.

Genau um diesen offenen und öffentlichen Meinungsfindungsprozess geht es doch gerade, wenn wir Bürgerbeteiligung meinen. Mit geheimer Beratung würgen wir genau hier das Interesse des Bürgers

an der Entwicklung seines Ortes ab. Parlamentarische Demokratie heißt für mich, dass ich als Bürger auf dieser Ebene wenigstens mithören darf.

Also, solche Denkzeiten sollen sehr wohl möglich sein – aber öffentlich!

### Sprachloses Ratsgremium

Die Enttäuschung der Bürgermeisterin über die »Sprachlosigkeit« der Räte in der Sitzung vom 12. 12. 2011 ist nachvollziehbar. Auch wir sind zutiefst über das fast wie ein Stummfilm ablaufende Abstimmungsverfahren in einer so wichtigen Angelegenheit enttäuscht.

Man fragt sich aber auch, ob sich nicht einer der Räte oder Rätinnen – auch die, die sonst immer und schon seit 33 Jahren als Hüter einer geordneten Abwicklung der Ratsarbeit fungieren – gegen die »Nichtöffentlichkeit« dieser Beratung zu Wort gemeldet hat.

Diese neuerliche Duldung einer nichtöffentlichen Gemeinderats-Klausur ist umso erstaunlicher, als das Protokoll einer Klausur zur Ortsentwicklung im Jahre 2006 mit dem bemerkenswerten Satz endet:

»Das heutige Gremium (Anmerkung der Red.: Die Klausur) sollte nicht institutio-

nalisiert werden und keine Paralleleinrichtung zum Organ Gemeinderat sein.«

Wie wahr – aber wohl schon wieder vergessen?!

### IMPRESSUM

Der Schaukasten wird herausgegeben vom SPD Ortsverein Icking

V.i.S.d.P.: A. v. Hofacker (Tel. 955160)

Redaktion: G. Jakobi (Tel. 5755)

L. Haerberlein, A. Spahn

Bilder: Dr. Eberhard Hägel

Auflage: 1300 Stück, gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Druck: Dimetra gemeinnützige GmbH, Straubing

Alle Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar.

## IN EIGENER SACHE

### Alfred von Hofacker – seit 40 Jahren SPD-Mitglied

Von Arndt Spahn / Gerhard Jakobi

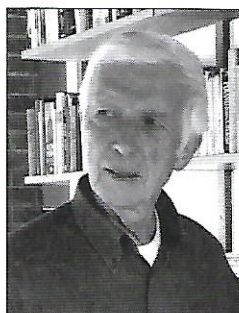
Als Alfred vor 40 Jahren beschloss, sich politisch zu engagieren, hat die SPD Glück gehabt, denn – so berichtet er – auch die CSU in Person von Herrn Dr. Ruhland hatte sich um ihn bemüht. Wir freuen uns heute noch, dass er sich für uns entschieden hat.

Beim Rückblick auf die 40 Jahre in der SPD Icking, mit unendlich vielen gemeinsamen Erlebnissen und Erfahrungen, fallen ein paar Dinge besonders auf, mit denen er die Entwicklung dieses Ortsvereins geprägt hat – und weshalb Alfred immer noch ein Aushängeschild unseres Ortsvereins ist.

Er war ja nicht nur mehrere Jahre 1. Vorsitzender und Mitglied des Ortsvereinsvorstands, er spielt bis auf den heutigen Tag bei allen Vorhaben der Ickinger Genossen eine tragende Rolle, sei's beim SPD-Theater, bei den Partnerschaften mit den Essener und Suhler Freunden, bei der Schaukastenarbeit oder als Delegierter und als Mitglied der Schiedskommission. Und hätten wir in der SPD-Icking nicht von Anfang an das Rotationsprinzip eingeführt, wäre Alfred sicher seit 40 Jahren 1. Vorsitzender des Vereins.

#### In der zweiten Reihe – und doch ganz vorn

Aber vielleicht ist sein Wirken auch im Hintergrund des OV-Lebens als Impuls- und Ratgeber und vor allem als Mentor und Friedensstifter von noch größerer Bedeutung. Gelassenheit, Klugheit, Integrationsfähigkeit und seine Fähigkeit, Menschen so zu nehmen, wie sie sind, stellen die Basis seiner natürlichen Autorität dar.



Alfred von Hofacker für alles und immer zu haben

Er wusste immer, wann es auf ihn ankam. Für sein Engagement hat er kein Amt, kein Mandat und keine Macht gebraucht. Er hat dem Ortsverein, in dem er ununterbrochen gewirkt hat, aus so mancher Krise geholfen. Und er ist immer für alles zu haben, vom Repräsentanten bis zum Plakatkleber.

Lieber Alfred, Deine bescheidene Art aufzutreten, dabei aber nie Deine politische Überzeugung zu verbergen, hat Dir Ansehen und Respekt verschafft. Auch mit Andersdenkenden bist Du immer fair umgegangen. Dies zeigte sich besonders während Deiner Gemeinderatstätigkeit.

Du hast das Bild des Ortsvereins in unvergleichlicher Art geprägt. Du hast der SPD in der wirklich nicht gerade sozialdemokratisch geneigten Ickinger Bevölkerung ein Gesicht gegeben.

Wir gratulieren Dir zu dieser »politischen Lebensleistung« und wir wünschen Dir (und uns), dass wir uns noch einige Jahre gemeinsam für die Ziele der SPD und zum Wohle der Ickinger Bürger einsetzen können.

# So was gibt's nicht alle Tage

## Verdiente Anerkennung für die Arbeit unseres Mitglieds Dr. Sybille Krafft

Gleich zwei bedeutende Ehrungen durfte die Historikerin und Journalistin im vergangenen Jahr entgegennehmen:

**den Deutschen Preis für Denkmalschutz für ihre BR-Dokumentation »Burggeschichten – Leben mit einem Denkmal« sowie die Isar-Loisach-Medaille des Landkreises.**

Wir gratulieren ihr sehr herzlich und wünschen ihr weiterhin viel Erfolg!

Und wir freuen uns darauf, die Autorin bei der geplanten Veranstaltung zu einem zeitgeschichtlichen und lokalen Thema persönlich zu erleben:

### **Der Kaiser von Ebenhausen**

**Erich Benjamin – ein jüdischer Arzt im Isartal**

(4. April 2012 um 20.00 Uhr im Landhotel Klostermeier)



*Prof. Sabine Kunst, die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg bei der Preisverleihung an Dr. Sybille Krafft*

Dr. Sybille Krafft ist in ihrer BR-Hörfunksendung der Geschichte eines renommierten jüdischen Arztes und Wissenschaftlers zur Zeit des Nationalsozialismus nachgegangen.  
*Die Redaktion*

# Über den Tellerrand hinaus

## Klein, vierzig Jahre jung und immer noch aktiv – der SPD-Ortsverein Icking

### Von Arndt Spahn

Dieser Schaukasten steht, wie zu bemerken ist, schwerpunktmäßig im Zeichen der Kommunalpolitik. Das hat diesmal naturgemäß mit der Bürgermeisterwahl zu tun. Aber als Zugehörige einer Volkspartei ist das lokale Geschehen für uns nicht alles. Anders als bei anderen lokalen politischen Gruppen in unserer Gemeinde geht unser Blick zwangsläufig auch immer über den kommunalpolitischen Ickinger Bezug hinaus. Information und Meinungsbildung zu übergeordneten, bundes- und landespolitischen Themen aus Geschichte, Kultur, Ethik, Bildung, Umwelt, Wirtschaft und Soziales sehen wir als eine unserer Kernaufgaben an.

### Eine bunte Themen-Palette

Auch im vergangenen Jahr war der thematische Bogen unserer Veranstaltungen weit gespannt:

- Von der Diskussion über den Skandal um die Bayerische Landesbank (mit Inge Aures MdL)
- über die brisanten Probleme, die mit der Präimplantationsdiagnostik im Zusammenhang stehen (mit Sylvia Matthies, Fernsehjournalistin)
- die Auswirkungen der schwarz-gelben Gesundheitsreform (mit Kathrin Sonnenholzner MdL)
- die bildungspolitischen Widersprüche zwischen Versprechen der CSU-Regierung und dem Alltag an bayrischen Schulen (mit H. U. Pfaffman MdL)

- bis hin zur Information über die Herausforderungen und Erfolgsaussichten lokaler mittelständischer Unternehmen (z.B. CARBO-Tech aus Geretsried) im internationalen Wettbewerb

und noch ganz frisch:

- eine lebhafte Veranstaltung zum Energiewandel und seine örtlichen Auswirkungen und Herausforderungen (mit Natascha Kohnen MdL).

### Wir machen weiter

Auch in diesem Jahr werden wir diese Serie fortsetzen:

- Wir freuen uns u. a. auf eine Veranstaltung im April mit Dr. Sybille Krafft zum Thema: »Der Kaiser von Ebenhausen« – Erich Benjamin, ein jüdischer Arzt im Isartal (am 4.4.2012 um 20.00 Uhr im Landhotel Klostermeier)
- Zum 120-jährigen Geburtstag der SPD wird unser Bundestagsabgeordneter Klaus Barthel bei uns in Icking sein und auch zu aktuellen Themen der Eurokrise Stellung nehmen (am 2.5.2012 um 20:00 Uhr im Landhotel Klostermeier).

Wir werden uns weiter an der Arbeit zur Energiewende Oberland engagieren und mit unseren JUSOS gemeinsame Sache machen. Wir haben ein interessantes Programm vor uns und freuen uns, wenn Sie dabei sind.